

Drittstaatenkontingente nicht für die Migrationsdebatte missbrauchen!

Vor kurzem schreckten wir seitens Wirtschaft und Politik in der Region Basel auf, als nach Recherchen von Radio SRF publik wurde, dass Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider die beiden Kontingente für hochausgebildete Spezialisten aus dem Vereinigten Königreich und aus anderen Drittstaaten beträchtlich reduzieren will von heute 12'000 auf insgesamt 9'600 Bewilligungen. Sie hatte diesen Vorschlag verwaltungsintern den anderen Departementen zur Konsultation unterbreitet.

Seitens Arbeitgeberverband Region Basel setzen wir uns gemeinsam mit unserem Dachverband, dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, Jahr für Jahr dafür ein, dass die Kontingente für diese hochausgebildeten Fachkräfte genügend hoch bleiben. Denn unsere Wirtschaft ist, insbesondere in der Region Basel, darauf angewiesen. So sind die Kontingente für Basel-Stadt jeweils bereits früh im neuen Jahr ausgeschöpft und die Unternehmen in Basel-Stadt sind dann innerhalb der schweizweit auf 12'000 Personen beschränkten Anzahl auf Bundeskontingente angewiesen. Es gelten auch hohe Hürden für die Anstellung von Personen aus Drittstaaten. Es muss sich um hochausgebildete Spezialisten handeln, die man in der Schweiz nicht findet, die aber für die Wirtschaft sehr wichtig sind. Da die Personen aus Drittstaaten zahlenmässig seit Jahren durch Kontingente und die hohe Ausbildung beschränkt sind, sind sie nicht für eine übermässige Zuwanderung verantwortlich. Zudem haben Fachkräfte aus Drittstaaten in der Regel nur eine Aufenthaltsdauer von wenigen Jahren in der Schweiz. In dieser Zeit leisten Sie aber einen grossen Beitrag an unsere erfolgreiche Volkswirtschaft. Wenn nun aus politischem Opportunismus heraus mit der von Bundesrätin Baume-Schneider angedachten Reduktion der Drittstaatenkontingente der Wirtschaft wichtiges Fachkräftepotential entzogen wird, droht eine Verlangsamung und Abschwächung der Wirtschaftsleistung der Schweiz, die allen schadet. Denn es gilt zu bedenken, dass Europa die ähnlichen demografischen Entwicklungen durchläuft wie die Schweiz. Auch in unseren europäischen Nachbarländern entwickelt sich ein besorgniserregender Fachkräftemangel, der sich auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Die Schweiz befindet sich somit im Fachkräfte-Wettbewerb mit Europa und dem Rest der Welt.

Wir haben wichtige Industrieunternehmen, die in unserer Region produzieren und froh wären, sie könnten auch Fachkräfte mit einem Berufsbildungshintergrund aus Drittstaaten anstellen, weil sie diese in der Schweiz und der EU kaum mehr finden. Diese Berufsgruppen fallen jedoch alle gar nicht unter die Drittstaatenkontingente, da sie nicht zur Kategorie «hochausgebildete Spezialisten» gehören und deshalb in der Schweiz gar nicht angestellt werden dürfen. Das zeigt, wie eng und einschränkend die Regelung der Drittstaatenkontingente in der Vergangenheit war und immer noch ist.

Am 23. November 2023 kam dann die Entwarnung vom Bundesrat. Er legt die Kontingente für 2024 für das Vereinigte Königreich und andere Drittstaaten insgesamt bei 12'000, also auf gleicher Höhe wie bis anhin fest. Das ist gut. Es darf nicht sein, dass auf Kosten der Drittstaatenkontingente für dringend benötigte Fachkräfte Migrationspolitik betrieben wird. Diese für den Wirtschaftsstandort Schweiz so bedeutenden Spezialistinnen und Spezialisten dürfen nicht als Antwort auf ein Migrationsproblem missbraucht werden, deren Ursachen sie schlichtweg nicht sind.

Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel